



Breivik-Opfer fordert mehr Meinungsfreiheit

☒ Am 22. Juli 2011 entging er auf der norwegischen Insel Utøya nur knapp dem Tod. Nun fordert Bjørn Ihler mehr Meinungsfreiheit und will dieses Ziel mit der Gründung einer Stiftung unterstützen. Hintergedanke: Niemand soll sich wie Breivik ungehört fühlen und nur noch Gewalt als Lösung sehen.

Die „Welt“ [berichtet](#):

„Wir brauchen mehr Offenheit, wie Ministerpräsident Jens Stoltenberg sagte“, meint Ihler. „Aber das heißt für mich, dass wir mehr mit Rechten und Rechtsextremen reden und diskutieren müssen, damit sie eine Möglichkeit haben, sich zu artikulieren und nicht gewalttätig zu werden.“

Mit solchen Sätzen eckt er an. So war der Spruch von der größeren Offenheit nicht gemeint, heißt es. (...)

Das hat ihm schon den einen oder anderen mahnenden Telefonanruf aus der Parteizentrale eingebracht. Bjørn Ihler will sich davon nicht beirren lassen. „Ich bin es gewohnt, in der Minderheit zu sein“, sagt er selbstbewusst.

Er will eine Nicht-Regierungsorganisation gründen, um die freie Meinungsäußerung zu fördern. „Wir brauchen Debatten, an denen alle teilhaben können“, sagt der angehende Theaterwissenschaftler. Das gelte auch für Extremisten. (...)

Bjørn Ihler ist sich sicher: „Da draußen denken viele wie er. Und was ich erlebt habe, soll nie wieder passieren.“

Ein zweifellos begrüßenswertes Konzept, das in einer Demokratie eigentlich den Normalfall darstellen sollte.



Adidas - Sportschuh des Rassismus überführt

☒ Normalerweise wird Rassismus Menschen vorgeworfen, nun hat es einen Schuh erwischt. Einen Sportschuh. Grund: Der „JS Roundhouse Mid“ verfügt über eine per Kette verbundene Fußbinde in orange. Linke Internetnutzer wollten sich hierdurch an die Sklaverei oder Guantanamo erinnert fühlen, nach [über 2000 Beschwerden](#) hat Hersteller Adidas die Werbekampagne für das Produkt inzwischen gestoppt.

Die „Abendzeitung“ [berichtet](#):

„Rassismus!“, „Fußfesseln wie im Knast!“, „Erinnert an Guantanamo!“, waren noch harmlose Kommentare über Scotts und Adidas' „JS Roundhouse Mid“, einen Basketball-Schuh, der mit Kunststoff-Schnallen und -Ketten versehen ist, die der Träger am Fußgelenk befestigen soll und für schlappe 280 Euro in den Handel sollte. Doch jetzt haben die Herzogenauracher einen Rückzieher gemacht: Der Protest-Sturm, den erste Bilder des

Schuhs im Internet auslösten, wurde binnen kürzester Zeit zum Politikum.

Vor allem in den USA löste der geplante Release eine Welle der Empörung aus: Kritiker aus der schwarzen Bürgerrechtsbewegung warfen dem deutschen Konzern vor, mit symbolischen Fußbeisen an den Schuhen die Sklaverei zu vermarkten. Der Versuch, „mehr als 200 Jahre Entwürdigung nun mit Sportkleidung zu kommerzialisieren“, sei „beleidigend, erschreckend, geschmacklos“, sagte etwa der afroamerikanische Politiker und Pastor Jesse Jackson (70).

Die Reaktionen von Adidas fielen – außer den Schuh samt Schmähscommentaren schnell von den Internetseiten zu entfernen – eher mau aus: „Die Referenz war überhaupt nicht Jeremy Scotts Absicht. Er ist einfach ein sehr kreativer Designer.“

Der Schuh wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern.

Historiker Flaig: Der Scharia-Islam ist der gefährlichste Rechtsextremismus der Welt

Der Althistoriker Egon Flaig hat sich gegen die Aussage muslimischer Verbandsfunktionäre gestellt, der Islam gehöre zur Geschichte Europas. In einem Kommentar für das Nachrichtenmagazin FOCUS widersprach Flaig unter anderem dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat. Verbände mit Sonderinteressen könnten ein kulturelles

Gedächtnis pflegen, das ohne historische Wahrheit auskomme, so der an der Universität Rostock lehrende Professor. Diese Wahrheit bestünde darin, dass die „theokratische Durchdringung des Politischen“ in der islamischen Welt für republikanische Gemeinwesen, wie sie Europa prägten, nicht den mindesten Spielraum gelassen habe. „Wo hat es je unter islamischer Herrschaft sich selbst verwaltende Bürgerschaften gegeben, wo beschließende Volksversammlungen, wo Parlamente? Nirgendwo finden wir reguläre Wahlen, nirgendwo Abstimmungen, nirgendwo städtische Verfassungen, nirgendwo ein Rathaus“, schreibt Flaig in FOCUS.

Heute gebe es islamische Strömungen, die nicht der Scharia folgten, und den mächtigen Scharia-Islam. Der Unterschied sei fundamental für die Chancen von Demokratie und Menschenrechten: „Wie der Nationalsozialismus die Menschen in Herrenmenschen und Untermenschen auf rassischer Basis spaltete, so hat die Scharia eine religiöses Apartheid-System geschaffen. Ferner verlangt die Scharia, dieses System über die Welt auszudehnen. Der Scharia-Islam darf getrost als Islamofaschismus bezeichnet werden, als der momentan gefährlichste Rechtsradikalismus der Welt“, so Flaig. Niemals habe dieser Islam zu Europa gehört. Vielmehr habe sich die europäische Kultur nur deshalb zu bilden vermocht, weil sie sich mehr als 1000 Jahre lang gegen die ständigen Angriffe der islamischen Sultanate und Emirate behauptet habe. Nur ein Islam unter dem Dach des Grundgesetzes, folgert Flaig, könne Teil unseres Landes sein.

(Aus: [Focus Online](#) – da sind wir ja mal auf den [Focus Print](#) gespannt...)

,Piraten‘ : Geschäftsführer ein Sozialbetrüger?

✘ Der Geschäftsführer der sogenannten Piratenpartei, [Johannes Ponader](#), hat offenbar Sozialleistungen erschlichen. Der Hartz-IV-Empfänger soll der Arbeitsagentur Einkünfte durch die Teilnahme an Fernsehsendungen verheimlicht haben. Ponader selbst sieht sich hingegen als Opfer einer Verschwörung: „Ich werde vom Sozialsystem heftig hinterfragt, weil ich mich politisch engagiere und trotzdem Sozialleistungen beziehe“.

Die „Welt“ [berichtet](#):

Johannes Ponader, politischer Geschäftsführer der Piraten auf Bundesebene, hat Ärger mit der Arbeitsagentur. Der erwerbslose Schauspieler und Regisseur lebt im Wesentlichen von Hartz IV. Er hat im Zuge seines noch nicht so alten politischen Ehrenamts eine ganze Menge Einladungen zu Talkshows bekommen – und die wurden teils üppig honoriert.

Nun fordert die Bundesagentur laut „Spiegel“ ihren Anteil, das Honorar mindert nämlich die Sozialleistung. Allein für seinen Auftritt bei Markus Lanz hat er 500 Euro erhalten. Zur Meldung des Honorars ist Ponader verpflichtet. Er sagt, er habe das auch getan. „Wenn die Arbeitsagentur Geld zurückwill, dann kann sie das haben.“ (...)

Der arme Pirat ist aber kein zurückgezogener, sondern ein zorniger Mann. „Ich werde vom Sozialsystem heftig hinterfragt, weil ich mich politisch engagiere und trotzdem Sozialleistungen beziehe. Das ist eine extreme Entartung des ganzen Systems“, sagte er dem „Spiegel“.

Die Arbeitsagentur hatte nämlich auch bemängelt, dass er zu viel Zeit für sein Ehrenamt aufwende. Er sagte in seiner Bewerbungsrede, seine berufliche Situation lasse zu, mehr als 40 Stunden die Woche für sein Parteiamt aufzuwenden. Bei

Hartz IV darf er aber nur so viel arbeiten, dass er auch noch genug Zeit hat, neue Erwerbsarbeit zu finden.

Ein bisschen Demut würde dem [mehrfachen Studienabbrecher](#), der zuletzt ein rund siebenjähriges Studium der Pädagogik und der Theaterwissenschaft ohne Abschluss beendete, sicher nicht schaden...



Ägypten: Schariabefürworter Mursi gewinnt

☒ Nachdem die schariatreue Muslimbruderschaft bereits bei der Parlamentswahl stärkste Kraft geworden war, stellt sie nun mit Mohammed Mursi auch den ägyptischen Präsidenten. Mursi konnte offiziellen Angaben zufolge 51,7% der Stimmen auf sich vereinigen, der ehemalige Premier und Mubarak-Vertraute Ahmed Schafik unterlag mit 48,3%.

Der „Spiegel“ [berichtet](#):

Eine Woche mussten die Ägypter warten, nun steht das Ergebnis der Stichwahl fest: Mohammed Mursi, Kandidat der Muslimbruderschaft, ist der neue Präsident Ägyptens. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo feiern Tausende seiner Anhänger den Sieg.

Kairo – Beide Kandidaten hatten sich selbst zum Sieger erklärt, nun steht das offizielle Ergebnis fest: Mohammed Mursi ist der neue Präsident Ägyptens. Der Kandidat der Muslimbruderschaft habe in der Stichwahl eine Mehrheit von 51,7 Prozent der Stimmen erreicht, gab die Wahlkommission am Nachmittag bekannt.

Es war die erste Präsidentenwahl in Ägypten seit dem Sturz des langjährigen Staatschefs Husni Mubarak im Februar 2011. Mursis Konkurrent Ahmed Schafik, ein früherer Premier des alten Regimes, ist demnach mit 48,3 Prozent knapp gescheitert. Die Wahlbeteiligung lag den Angaben zufolge bei 51 Prozent.

Auf dem Tahrir-Platz im Zentrum Kairo haben sich seit dem Vormittag Tausende Anhänger Mursis versammelt. Als das Ergebnis um kurz vor 17.30 Uhr Ortszeit verkündet wurde, brach frenetischer Jubel aus: Die Muslimbrüder tanzten, schwenkten Fahnen, warfen Knallkörper in die Luft und riefen „Allah ist groß“.

Das ist sie also, die von westlichen Medien herbeifantasierte „Demokratiebewegung“ im Nahen Osten...

» Quotenqueen: [Muslimbrüder regieren Ägypten](#)



Studie: Viele Deutsche lassen sich vom Druck der öffentlichen Meinung treiben



Dem Focus liegt vorab eine Studie des renommierten John Stuart Mill Instituts über den „Freiheitsindex Deutschland 2011“ vor, mit dem der Grad der Freiheit in unserer bunten Republik gemessen wurde: Hat die Gesellschaft Angst vor Freiheit oder weht der Geist der Selbstbestimmung?

Die Studie, bei der auch das Allensbach-Institut mitgewirkt hat, soll nächste Woche veröffentlicht werden. Schon jetzt ist durch eine Vorab-Veröffentlichung einiger Ergebnisse beim [Focus](#) klar, wie es um Freiheit – und speziell die Meinungsfreiheit – in Deutschland bestellt ist. PI-Leser werden sich über die Ergebnisse kaum wundern:

So viele Deutsche befürworten Meinungsverbote:

So möchten zwölf Prozent den Satz verbieten lassen: „Es gibt zu viele Moslems in Deutschland.“

Rund 18 Prozent beispielsweise finden es falsch, dass man in Deutschland „Atomkraft ist eine gute Sache“ sagen darf.

Knapp ein Drittel der Deutschen finden beispielsweise, die Aussage „Frauen gehören an den Herd“ dürfe nicht erlaubt sein.

Ebenso viele möchten den Satz „Man sollte die Mauer wieder aufbauen“ verbieten lassen.

Die Behauptung „Homosexualität ist eine Krankheit“ halten 35 Prozent für verbotswürdig.

Die Zahl derer, die Meinungsäußerungen für gefährlich halten, liegt extrem hoch (Antwortmöglichkeit „Da kann man sich den Mund verbrennen“):

68 Prozent glauben, dass es gewagt ist, diese Behauptung öffentlich zu äußern: „Es gibt zu viele Moslems in Deutschland.“

Die Institutsleiterin zum Ergebnis:

Die Antworten zeigen nach Einschätzung von Institutsleiterin Ulrike Ackermann, „wie stark der Druck der öffentlichen Meinung empfunden wird“. Einige Befragte befürworteten zwar, dass Extrem-Sprüche erlaubt sein sollten, glaubten jedoch, dass dies von ihrer Umwelt nicht akzeptiert wird. „Die gefühlte Intoleranz“, sagt Ackermann, „übersteigt bei Weitem die tatsächliche Intoleranz.“

Wenn die gute Dame sich da mal nicht täuscht! Man sollte solche Studien durch Feldversuche in Deutschlands Städten ergänzen. Am besten, indem man einen Demonstrationsversuch startet, bei dem man Karikaturen zeigt. Danach kann man auszählen, wie viele Verbotsversuche seitens des Innenministers es gab, wie viele Steine geworfen wurden, wie viele Polizisten verletzt wurden und wie viele der Versuchs-Demonstraten anschließend Polizeischutz benötigen.

Der Focus resümiert:

Eine Vielzahl von Bundesbürgern hält extreme Behauptungen für unzulässig. Noch viel mehr glauben, dass es nicht ratsam ist,

bestimmte Positionen öffentlich zu äußern.

Dieser Studie zufolge leidet Deutschland an einem extrem hohen Meinungsdruck, an einer Meinungsdictatur, die aus dem 68er-Milieu gekrochen ist und sich mit allem verschwistert hat, was an Zwangsideologien auf dem Markt ist. Politically Incorrect thematisiert dies seit Jahren und wird wegen der vorherrschenden Meinungsdictatur dafür ständig angefeindet. Wir sind sehr gespannt, wie unsere Volks- und Medienvertreter sich das Ergebnis nun schönreden werden.

Ein Land, in dem vorgelebt wird, dass eine Partei [maximal 48 Stunden](#) lang Euro-kritisch sein darf, ein Land, in dem ein [korrupter](#) Hinterwäldler ins Kanzleramt aufsteigt, um einem der besten Politiker Deutschlands zu sagen, er solle die [Fresse halten](#), braucht sich um Freiheit keine Gedanken mehr zu machen. Dieses Land hat zu lange geschwiegen und seine Freiheit verkauft. Als Gegenleistung erhält der bundesdeutsche Schweigbürger demnächst die Quittung: direkte und indirekte [Steuererhöhungen](#), längere [Lebensarbeitszeit](#) bei steigenden Rentenkosten, [noch mehr](#) Leute zum [Durchfüttern](#), kriechende [Kirchen](#), steigende [Kosten](#), weitere [Volksverdünnung](#), noch mehr [Unqualifizierte](#), zusammenbrechende [Städte](#), [halal](#) überall und eventuell einen [Bürgerkrieg](#). Immer schön die Fr**** halten!

Hauptsache der CSD läuft weiter – als Beweis, was für ein progressives, tolerantes Land wir sind! US-Botschafter Murphy musste die lächerliche Blumenkette zum Start des CSD durchschneiden:

Aber Murphy lächelt tapfer weiter, auch als vom Lautsprecherwagen verlesen wird, wo Schwule noch verfolgt und teils mit dem Tode bedroht werden.

Welche Länder das sind, unterliegt beim [Tagesspiegel](#) der Geheimhaltung!



Frankfurt: Islamkritiker-Demo gegen Salafisten



Gestern fand in Frankfurt a. M. die von REPs, der Pro-Jugend und der [German Defence League](#) veranstaltete Abschiedsfeier „Hasta la vista, Salafista!“ für die radikalen Moslems von [„Dawa FFM“](#), die durch die Razzia bei salafistischen Vereinigungen ([PI berichtete](#)) vor kurzem im Gedächtnis sind, statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, wenn auch mit einem faden Beigeschmack.

(Von Sebastian N.)

Etwa 80 Gegendemonstranten standen ca. 40 Sympathisanten der Kundgebung gegenüber und schrien, kreischten, lärmten, drohten, beleidigten und gestikulierten. Sie wünschten sich lauthals „Nazis raus“, was auch wir dann übernahmen und so wünschten wir uns das alle zusammen. Das war dann aber auch schon einer der wenigen Punkte, bei denen an diesem Tag Einigkeit herrschte. Tony Fiedler, der Leiter der Pro-Jugend, Lars Seidensticker und Stefan Werner von Pro und Matthias Ottmar von den REPs, wie auch ich für die German Defence League, konnten unsere Ansprachen halten. Hier ein Video von der Rede von Tony Fiedler und dem Stimmungsbild am Anfang der Veranstaltung:

Die Reden waren gelungen und das gemeinsame Auftreten ohne Scheu vor den üblichen Attacken seitens der Linksextremen und einiger Moslems, die nach der letzten Rede teilweise erheblich ausrasteten, was für uns auch noch später Folgen hatte, war insgesamt wieder ein Erfolg. Etliche Antifa-Fotografen waren wieder da, wohl, um genug von unseren Gesichtern für ihre [Hetzkampagnen über Indymedia](#) zu sammeln und so eventuellen Attentätern das Handwerk zu erleichtern.

Die Veranstaltung wurde dann immer aufgeheizter, als wutschnaubende, drohende („Ich weiß, wo Dein Haus wohnt!“), beleidigende Moslems versuchten, zu uns durchzudringen, was ihre begrenzte Denkfähigkeit allerdings erfolgreich verhinderte, denn die Polizisten in Frankfurt fanden die Idee nicht so gut. Immerhin hier machten die Beamten ihre Arbeit, denn später entschied man sich dann, uns nicht mehr zu schützen.



Ein Antifant klatte ein Moschee-Verbotsschild, zerstörte es auf der anderen Seite der Absperrungen und wurde dann dafür verhaftet, ebenso wie einer seiner Freunde, der meinte, er muss „spaßeshalber“ den Hitlergruß machen. Insgesamt hielten sich Kreativität und Geist auf der „linken“ Seite aber merklich zurück.

Zur Polizei und den Folgen der Demo gibt es fast mehr zu sagen, als zu der sowieso schon aufregenden Kundgebung selbst. Einer der Pro-Busse verließ den Platz und fuhr vor, wir als Besatzung des zweiten Busses standen noch einige Zeit auf dem Platz. Wir erhielten dann schnell aus dem anderen Bus die Meldung, dass dieser angegriffen wird. Wie sich später herausstellte, von denselben Moslems, die sich von mir in HD von allen Seiten und in allen Wutposen auf der Kundgebung fotografieren ließen. Wir informierten die Polizei daraufhin mehrfach von dieser Gefährdung, man hatte dem anderen Bus sogar Rohre als Blockade auf die Straße gelegt und dann mit Steinen und Gürteln attackiert. Ebenso wurde ein Pulk von Demo-Teilnehmern, die gemeinsam zu Fuß zur U-Bahn gelaufen waren, mit Schlagstöcken attackiert, was jedoch glimpflich verlief.

Die Gutmenschen hofften vergeblich auf die Vernunft der etwa zehn aggressiven Moslems, die auch später dabei waren, als die

Teilnehmer der Kundgebung angegriffen wurden.

Obwohl die Polizei von uns also informiert war über die Gefahrenlage, weigerte sie sich dennoch, uns, als letztem Bus, Geleitschutz zu geben. Der Einsatzleiter soll noch gelacht haben, als er dies verweigerte, in vollem Bewusstsein, dass uns Gefahr droht. Die Veranstaltung sei vorbei und da gäbe es dann keinen Schutz mehr, sagte man uns. Tatsächlich waren wir gerade um die Ecke rum mit unserem Ford Transit, als die Wahnsinnigen mit ihren Steinen auf das Auto zurannten. Ich erinnere mich an zwei dicke Steine, einer knackte die Windschutzscheibe an, der andere zerstörte eine hintere Seitenscheibe komplett und durchschlug diese nur nicht, weil Abdunklungsfolie aufgebracht war, die wohl elastisch reagiert hat. Der Stein, wäre er ein paar Milli-Sekunden vorher geschleudert worden, hätte eine junge Frau, die für PRO mitgekommen war und am Rand saß, erheblich verletzen können. Der inzwischen leiderprobte Tony Fiedler trug einen Tinnitus davon, denn direkt vor ihm auf der Front knallte der andere Stein auf. Einer der Moslems schmiss sich halb vor unser Auto, unsere Rennfahrerin machte dann den Elchtest mit uns und drückte auf die Tube. Sie wich ihm aus und wir verschwanden zum Polizeipräsidium, wo man dann eine Anzeige wegen „Sachbeschädigung“ aufnahm. Und was ist mit „Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“ oder einer Anerkennung des Angriffs?

Die Polizei hat hier in Verletzung ihrer Dienstpflicht unsere Gefährdung wissend in Kauf genommen, als sie die Hinweise und Anfragen auf Geleitschutz bezüglich der ersten Attacke auf den anderen Pro-Bus abgeschmettert hatte. Ich werde die Einsatzleitung anzeigen. Ebenso habe ich Bilder von zweien der Angreifer mit den Steinen, die geistig Armen waren ja vorher auf der Demo so aktiv, dass ich sie dort oft fotografieren konnte.

Insofern ist das Fazit für Frankfurt: „Dawa FFM“ kann sich herzlich bedanken, dass ihre menschenverachtende Gesinnung von

den Grünen, der Linken, der Antifa und der Polizei dort aufs Beste unterstützt wurde! Vielen Dank!

Noch einige Eindrücke:



Das haben wir getan. Marx wurde von Tony Fiedler zitiert, denn dieser meinte bekanntlich zum Islam:

Der Koran und die auf ihm fußende muselmanische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie der verschiedenen Völker auf die einfache und bequeme Zweiteilung in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist „harby“, d. h. der Feind. Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen. In diesem Sinne waren die Seeräuberschiffe der Berberstaaten die heilige Flotte des Islam. (Marx-Engels-Werke, Band 10, S. 170).



Lars Seidensticker hielt eine beeindruckende Rede.



Die German Defence League hatte gute Laune!



Ebenso die Redner der islamkritischen Veranstaltung.





Die zerstörte Seitenscheibe des Ford.



Im Laufe der Veranstaltung kamen noch die aggressiven Moslems und unterstützende Gutmenschen hinzu, doch dies war der traurige Haufen der Gegendemo zu Beginn.

Jetzt auch Luftwaffe im Kampf gegen Rechts?



Das Wetter in Germanien stand schon vor 2000 Jahren unter Generalverdacht, etwas gegen Multikulti zu haben. *Tacitus* beschrieb es damals als „entsetzlich“ und hatte wenig Hoffnung, dort Römer dauerhaft anzusiedeln. Und auch *Varus* bei seinen Streifzügen durch den Teutoburger Wald und anderswo beschränkte sich – bevor *Hermann der Cherusker* ihm den Garaus machte – auf überschaubare „Sommerausflüge“.

(Von Thorsten M.)

Seither ist viel geschehen. So haben wir nicht nur ein für südländische Plünderzüge geradezu perfektes Straßen- und Grenzsicherungssystem eingeführt. Nein, auch unsere Behausungen sind inzwischen durchgehend im Winter behaglich und wir haben sogar eigens einen Verfassungsartikel (§16) kreiert, der regelt, dass wir Bioinvasoren klimatisierten Wohnraum kostenlos zur Verfügung stellen – vorausgesetzt, sie lassen ihre Waffen zu Hause und kaufen sich z.B. Klappmesser erst vor Ort (*der Verfassungsschutz möge uns diese Sichtweise bei stabil etwa 95% Missbrauchsquote nachsehen*).

Entsprechend gab es bisher keinen Grund, das Wetter in die Generationenaufgabe „Kampf gegen Rechts“ mit einzubeziehen. Nach einem Bodensee-Sturm am Donnerstagabend in Friedrichshafen könnte sich das jetzt freilich schlagartig

ändern.

Zehn Minuten Unwetter haben dort offenbar ausgereicht, die Hütten-Infrastruktur des für dieses Wochenende geplanten Multi-Kulti-Festes komplett zu zerlegen (*Foto oben*). Auch Stromleitungen und Bäume wurden beschädigt. Bürgermeister Peter Hauswald musste das Fest daraufhin – [wie er der Schwäbischen Zeitung gegenüber betonte](#) – „schweren Herzens“ absagen. Ob es dieses Jahr noch einen Ausweichtermin geben wird, ist fraglich.

Nun ist das Zeitalter, in dem wir die Finger altgermanischer Mythenfiguren, wie die des Donnergottes *Thor*, im Spiel vermutet hätten, schon weit über 1000 Jahre vorüber. Zahlreicher dürften noch die Gläubigen sein, die heimlich in der Antarktis stationierte [„Reichsflugscheiben“](#) irgendwie mit den Vorkommnissen in Verbindung bringen. Wie dem auch sei, auch den wenigen „Nicht-Verschwörungstheoretikern“ unter den Schuldkult-Zeremonienmeistern dürfte klar sein, dass die Nicht-Einbeziehung von Luftraum und Wetter in den „Kampf gegen Rechts“ ein unhaltbarer Zustand sind.

Dringend sollte daher nun in Zusammenarbeit mit Luftwaffe und Heeresfliegern ein „nationaler Aktionsplan gegen rechtsextreme Wetterauswüchse“ ins Leben gerufen werden. Hierfür wäre es notwendig, zunächst einmal einen „Multi-Kulti-Festkalender“ unter der Schirmherrschaft von Innen- und Verteidigungsministerium zu implementieren. Diese Veranstaltungen sollten dann offiziell unter staatlichen Luftschutz gestellt werden, was zum Beispiel in Form von [Chemtrails](#) erfolgen könnte. Auch zur Stromerzeugung ohnedies nicht sinnvoll einsetzbare Großwindanlagen könnten durch Gegenwinderzeugung in dieses Projekt mit einbezogen werden.

Claudia Roth übernehmen Sie! Sicher finden Sie ein öffentlich-rechtliches Mikrofon, eine Fernsehkamera oder einen vakuumleeren Blog mit offenen Ohren für diesen endsiegverdächtigen Lösungsansatz des ewiggestrigen doitschen

So was aber auch! Griechenland spart weniger!

Die neue griechische Regierung will weniger sparen, liest man im gesamten Blätterwald. Schon diese Überschrift ist gegenüber dem Leser eine Frechheit, denn was hat Griechenland bisher gespart? Nichts natürlich! Aber unsere Presse tut so, als sei da was passiert. Die Pfeifen in den Redaktionen suggerieren, man könne Milliardensummen innerhalb von zwei Wochen zusammengespart haben. Und die Herren Journalisten haben auch teilweise Verständnis. Man könne Griechenland nicht „kaputtsparen“. Darum müssen wir jetzt Verständnis haben, wenn Athen das Arbeitslosengeld erhöht und verlängert, wenn man keine Beamten entlassen und die Wirtschaft ankurbeln will! Und dasselbe in Spanien, Italien, Frankreich. Dafür soll die neue Transaktionssteuer bald meine Lebensversicherung auffressen, und die Schlaglöcher in der Parallelstraße, wo ich wohne, können nicht geflickt werden. Die Stadt spart. Für wen eigentlich?